

Überfällige Biodiversitätsstrategie

Das Thema soll vermehrt ins Zentrum rücken

Von Nationalrat Kurt Fluri (fdp., Solothurn)

1992 hat sich die Schweiz in der Biodiversitätskonvention verpflichtet, eine Biodiversitätsstrategie zu entwickeln. Inzwischen ist sie zwei weitere Übereinkommen eingegangen. Dennoch steht es um die Entwicklung des Artenschutzes nicht zum Besten. Der Autor des folgenden Artikels plädiert dafür, dass das zentrale Thema wieder das notwendige Gewicht erhält.

Die Erhaltung der Biodiversität hat auf der politischen Agenda momentan keine Priorität. Ganz im Gegenteil: Natur- und Landschaftsschutz sind in einen Abwehrkampf verstrickt. Bei keiner der zurzeit hängigen Gesetzesrevisionen (Wald-, Gewässerschutz- und Raumplanungsgesetz sowie Agrarpolitik 2001) geht es um den Ausbau oder eine Verstärkung der Biodiversität, sondern es geht nur um die Abwehr von die Natur weiter gefährdenden Schritten, die allesamt im Sinne einer weitergehenden wirtschaftlichen Nutzung der natürlichen Ressourcen initiiert worden sind. Das Verbandsbeschwerderecht als weiteres Beispiel steht zurzeit ebenfalls in Revision. Zwar scheint es in seiner Substanz auch über die jetzige dem Umwelt- und Naturschutz nicht eben günstig gesinnte Phase hinübergerettet werden zu können. Aber die Diskussionen um dieses Recht, welches seinerzeit als liberales Anliegen formuliert worden ist, zeigen, dass Umwelt-, Natur- und Heimatschutz gegenüber ökonomischen Interessen zurzeit in der Defensive stehen.

Mahnende Wissenschaftler

In dieser Situation ist es äusserst verdienstvoll, dass das Forum Biodiversität Schweiz der Akademie der Naturwissenschaften am 13. Oktober 2004 mit seiner Publikation «Biodiversität in der Schweiz» darauf hingewiesen hat, dass trotz den erwähnten eingegangenen Verpflichtungen der Schweiz noch immer keine Biodiversitätsstrategie entwickelt und mit zugehörigen Aktionsplänen umgesetzt wird. In dieser Situation äussern sich 27 Wissenschaftler klar und eindeutig. Sie prognostizieren für die nächsten Jahre eine fortschreitende Abnahme der Biodiversität in der Schweiz. Die Gründe dafür sind ebenfalls seit längerem bekannt, so etwa die Intensivierung der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung, die Zerstückelung der Lebensräume, die Überbauung und Zersiedelung der Landschaft, die Klimaänderung sowie die schädlichen Einwirkungen auf die Ökosysteme durch Eintrag von Schadstoffen und Freizeitaktivitäten. Das Problem liegt primär also nicht in einer fehlenden oder umstrittenen Analyse des Problems, sondern im Vollzug und hier am politischen Willen.

Zur selben Zeit und mit derselben Begründung und Absicht gründeten Mitglieder des Nationalrates aus allen Fraktionen vor zwei Jahren eine parlamentarische Gruppe Biodiversität und Artenschutz, welche inzwischen 40 Mitglieder des Nationalrates und 14 Mitglieder des Ständerates umfasst. Im Dezember 2004 reichte die Gruppe ein von insgesamt 74 Nationalrätinnen und Nationalräten unterzeichnetes Postulat ein, mit dem der Bundesrat ersucht wird, dem Parlament die seit 1992 überfällige Biodiversitätsstrategie vorzule-

gen. Damit soll ein Arbeitsinstrument im Sinne der genannten Publikation zur Verfügung gestellt werden, welches den Entscheidungsträgern helfen könnte, die knappen Ressourcen dort einzusetzen, wo sie der Biodiversität am meisten bringen. Die Strategie soll den nationalen Konsens abbilden und wäre als Richtschnur gedacht, an welcher in Zukunft biodiversitätsrelevante Entscheide objektiv gemessen werden könnten.

Bei diesem Vorgehen könnten die bereits vorliegenden wissenschaftlichen Grundlagen und die bereits bestehenden Instrumente zu einer nationalen Strategie zusammengeführt werden. Diese müsste quantitative und damit mess- und überprüfbare Ziele für die Biodiversität formulieren und gleichzeitig Prioritäten setzen. Das Forum Biodiversität Schweiz schätzt für deren Erarbeitung einen Aufwand von etwa 700 000 Franken. Dabei wird davon ausgegangen, dass ein Grossteil der Fachpersonen im Milizsystem zu dieser Strategiearbeit beiträgt. Leider beantragt der Bundesrat die Ablehnung dieses Postulates in einer acht Zeilen umfassenden Stellungnahme, weil die Schweiz bereits heute über verschiedene Instrumente verfüge, die mit dem Schutz von wertvollen Lebensräumen oder der Förderung von bedrohten Arten zur Erhaltung der biologischen Vielfalt beitragen. Deshalb sei die Entwicklung einer eigentlichen Strategie unnötig.

Anlässlich einer parlamentarischen Fragestunde hat der zuständige Departementsvorsteher zwar eingeräumt, dass er sich in Anbetracht des genannten Betrages durchaus vorstellen könnte, noch einmal darüber zu reden. Offensichtlich soll nun aber doch vorher noch eine Evaluation der Ziele und der Effizienz der Instrumente und von deren Umsetzung vorgenommen werden.

Bisherige Instrumente genügen nicht

Die vom Bundesrat ins Feld geführten Instrumente formulieren aber keine quantitativen und damit mess- und überprüfbaren Ziele für die Biodiversität. Sie legen keine klaren Prioritäten fest. Sie beantworten die Fragen nicht, wo wir auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene welche Biodiversität schützen oder fördern wollen, für welche Teile die Schweiz aus internationaler Sicht eine grosse Verantwortung trägt, welche Arten oder Lebensräume prioritär geschützt werden müssen, weil sie vorwiegend in unserem Land vorkommen. Auch die Fragen nach der Verantwortlichkeit für die Erhaltung der Biodiversität sowie nach den einzusetzenden Mitteln werden nicht beantwortet. Die heutigen Gesetzgebungen sind zu wenig koordiniert und bergen Zielkonflikte zwischen den verschiedenen Politikbereichen, zwischen Stadt und Land, zwischen Berggebiet und Flachland. Sektorenübergreifende Probleme müssten aber übergeordnet angegangen werden. Dabei ginge es um eine bessere Abstimmung bestehender wissenschaftlicher Grundlagen und Instrumente und die Einbindung in ein Konzept.

In dieser Situation gilt es, zusammen mit den Arbeiten am Countdown 2010 (europäische Initiative zur Erfüllung des in Johannesburg 2002 beschlossenen Zieles, den Artenverlust bis 2010 zu stoppen), mit der Biodiversitätskampagne des Schweizer Vogelschutzes und mit unzähligen kantonalen und regionalen Aktivitäten den Schutz

der Biodiversität wieder vorne auf die Prioritätenliste von Bevölkerung und Politik zu setzen. Dabei kann man an durchaus erfolgreiche kantonale und regionale Programme erinnern. So verläuft beispielsweise im Kanton Solothurn ein Mehrjahresprogramm «Natur und Landschaft» sehr erfolgreich, konnten doch bisher die 1992 formulierten quantitativen und qualitativen Leistungsziele im Grossen und Ganzen erreicht werden, und dies pragmatisch, ohne viel Papier und mittels freiwilliger Vereinbarungen mit den Nutzern und gestützt auf ein finanzielles Stufenmodell. Die partnerschaftliche Zusammenarbeit von Kanton und Privaten hat auch dazu geführt, dass der Gedanke des Naturschutzes heute im Kanton Solothurn von allen Parteien akzeptiert wird. Auch auf Bundesebene muss es uns gelingen, die notwendigen Verbesserungen im Biodiversitätsschutz politisch breit abzustützen und aus dem Links-Rechts-Schema zu befreien.

Wertorientierte Haltung notwendig

Dabei müssen wir uns von einer wertorientierten Haltung leiten lassen: Es ist zwar fraglos anerkannt, dass Umweltpolitik auch wirtschaftlich interessant ist. Sie schöpft Werte für private Unternehmen, sie eröffnet auch dem Tourismus neue Perspektiven und wird nicht selten auch als Faktor der Standortwahl angeführt. Bei allen ökonomischen Vorteilen wollen und dürfen wir aber nicht vergessen, dass Naturschutz primär den Schutz der Natur zum Zwecke hat und nicht einen ökonomischen Nutzen. Entsprechende Aufwendungen sind demzufolge nicht einfach nach den Kriterien der materiellen Rentabilität zu tätigen. Damit erhielte das ökonomische Kriterium eine Dominanz, die der existenziellen Bedeutung der Artenvielfalt und der naturnahen Lebensräume für unser Leben, aber auch unserer ethischen Verpflichtung der geerbten biologischen Vielfalt gegenüber nicht angemessen ist.